

Klaus R. Kunzmann

EUROPÄISCHE RAUMENTWICKLUNG NACH COVID-19

Herausforderungen und Visionen



Covid-19 hält die Welt in Atem. Die Pandemie zwingt die Gesellschaft, zu Hause zu bleiben und Abstand zu halten. Planer/innen haben mehr Zeit zum Lesen und zum Schreiben. Die Pandemie muss für alles herhalten, was in der kommenden Dekade nicht verwirklicht werden kann. Viele Länder haben ihre Grenzen gesperrt. Herausforderungen werden neu bewertet und neue Visionen entwickelt. Eine große Welle von Büchern zu Covid-19 wird in den kommenden Jahren den populären und akademischen Büchermarkt überschwemmen, doch bald werden sie kein Interesse mehr finden. Die Pandemie muss nicht der Tod von Utopien in Europa sein, wie es Ulrike Guérot prophezeit hat (Guérot 2020: 291). Aber Covid-19 wird keine neue Begeisterung für eine wirksame europäische Raumentwicklungspolitik auslösen. Auch nicht die Territoriale Agenda 2030 „Eine Zukunft für Alle“, die im Dezember 2020 anlässlich des Informellen Treffens der Ministerinnen und Minister für Raumordnung, Raumentwicklung und/oder territorialen Zusammenhalt verabschiedet wurde.

Nach der Pandemie – wann sie zu Ende ist, lässt sich im Winter 2020/2021 noch nicht absehen – werden wirtschaftliche Prioritäten politisches Handeln in Europa bestimmen. Es gilt Arbeitsplätze zu sichern. Ob die Zeit nach der Pandemie (und nach dem BREXIT) Europa näher zusammenbringen wird oder eher noch mehr fragmentiert, ist noch nicht abzusehen. Es sind vor allem wirtschaftliche und politische Realitäten, die Hoffnungen zunichtemachen, dass die Ziele, die in der Territorialen Agenda 2030 genannt werden, erreicht werden können.

Wirtschaftliche Realität ist, dass die neoliberale Marktwirtschaft unter dem Einfluss eines mächtigen, von der Politik kaum kontrollierbaren Finanzsystems auch in den kommenden Jahrzehnten bestimmen wird, wo in Europa Arbeitsplätze sicher sind und wo und in welchen Regionen der Welt sie neu entstehen, damit Produkte und Dienstleistungen in Europa billiger angeboten und konsumiert werden können (Collier 2008; Tooze 2018).

Politische Realität ist, dass die Europäische Union im Kontext der politischen Auseinandersetzungen zwischen den USA und China, zwei Weltmächten mit unterschiedlichen politischen Systemen und gesellschaftlichen Werten, einen Weg finden muss, wie sie die Herausforderungen der Pandemie bewältigen kann und will, und ob sie nicht zwei

oder drei Jahre nach der Pandemie wieder zu alter Routine zurückkehren wird – so wie dies seinerzeit nach der Spanischen Grippe in den Jahren 1918/1919 geschah (Barry 2005). Politische Realität ist auch – und dies hat die Pandemie noch einmal ausdrücklich bestätigt –, dass in den letzten Jahren nationaler Egoismus nicht nur in den USA, der Volksrepublik China oder in der Türkei, sondern auch in Europa zugenommen hat. Getrieben von populistischen Gruppierungen, die sich zurückgelassen fühlen und Angst haben, ihren Arbeitsplatz an Migrantinnen und Migranten zu verlieren oder im Alter ihren Wohlstand einzubüßen, haben nationale Regierungen und ihre technokratischen Berater/innen vor allem die Heimatperspektive im Blick. Der europäische Traum war ein erfolgreiches Friedensprojekt. Da nun der Frieden nicht mehr die Sorge der jungen Millennials ist, wird es immer schwieriger, Europa als Traum zu kommunizieren. Weder der amerikanische noch der chinesische Traum sind geeignete Modelle für Europa. In diesem Spannungsfeld steht das Projekt Europa vor immensen Zerreißproben, die auch durch noch so großzügige Finanzzu-sagen aus Brüssel nur mühsam bestanden werden können.

Zielkataloge zur ausgewogenen Raumentwicklung in Europa in wohlformulierte Worte zu fassen, wie es die Territoriale Agenda tut, sind ein Mittel, um von den ökonomischen Herausforderungen, die in Europa die Raumentwicklung bestimmen, etwas abzulenken, aber sie können diese Spannungen nicht negieren. Covid-19 hat nicht die Hoffnungen auf Europa zerstört, aber es hat die Verwirklichung des europäischen Traums und eine einheitliche und effiziente Reaktion auf den Klimawandel auf die lange Bank geschoben. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden bald wieder alte Denkgewohnheiten zurückkommen. Ändern wird sich absehbar nur wenig, doch zeichnet sich bereits ab, dass die Fernreisefreudigkeit durch Heimatliebe ersetzt wird und dass die smarte Digitalisierung der Gesellschaft gewaltigen Rückenwind erhalten wird.

Für die zukünftige Raumentwicklung in Europa gibt es im Grunde nur zwei Perspektiven: Die EU wird ihre liberale Wirtschaftspolitik fortsetzen und sich bemühen, ihre sozialen Anliegen dabei nicht zu vernachlässigen. Sie wird ihre Umweltziele durchsetzen und ihre Grenzen sichern. Oder: Die EU verständigt sich mit ihren Mitgliedsländern darauf, sich als europäisches Laboratorium für nachhaltiges Wirt-

schaften über kleinräumige regionale Wirtschaftskreisläufe und Nahrungsmittelketten von globalen Konsumgüterströmen und Versorgungsketten unabhängig zu machen. Die Akteure der Realpolitik werden versuchen, zwischen diesen beiden Positionen zu vermitteln.

Was wird nach Covid-19 anders sein?

Die Trends, die schon vor Covid-19 politisches Handeln, Art und Richtung der Raumentwicklung bestimmt haben, werden auch in Zukunft bestimmend sein. Die Pandemie wird Entwicklungsprozesse lediglich beschleunigen. Dazu zählen:

1. Die Verlangsamung der Globalisierung

Es gibt erste Anzeichen dafür, dass sich die Globalisierung nach der Pandemie zur Slowbalisierung verlangsamen wird. Manche der weltweiten Lieferketten verschwinden, aber nur dort, wo Konsumierende bereit und auch in der Lage sind, mehr für das zu zahlen, was sie gerne konsumieren. Apple wird auch nach der Krise auf die Zulieferung aus China und chinesische Käufer/innen seiner iPhones angewiesen sein. Dafür werden die sorgen, die von der Globalisierung profitieren: die Unternehmen der Logistikbranche, die Luftfahrt, die Touristik, die Gesundheitswirtschaft, aber auch Mode-, Blumen- und Nahrungsmittelunternehmen. Sie werden trotz innovativer Agrarindustrien im Land ihre Produkte weiterhin aus der ganzen Welt beziehen.

2. Die Wiederentdeckung der Heimat

Die Migrationswellen aus Syrien, Afghanistan und Afrika haben im Jahr 2015 viele Menschen in Europa aufgeschreckt. Sie hatten Angst vor Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und Angst um ihre religiösen und kulturellen Werte, obwohl diese schon lange vor der Migrationswelle an Bedeutung verloren hatten. In der Folge von Covid-19 wurden zeitweise neue mentale und physische Mauern errichtet, um die Heimat vor eingeschleppten Viren zu schützen. Mit dem Aufstieg des Populismus hat sich auch das etablierte Parteiensystem geändert. Traditionelle Parteien haben mit dem Wandel westlicher Industriegesellschaften in Dienstleistungsgesellschaften an Zustimmung verloren.

3. Die Beschleunigung der Digitalisierung der Gesellschaft

Covid-19 hat die Digitalisierung in allen Lebensbereichen und Arbeitsfeldern (e-shopping, online-education, e-medicine, e-logistics) enorm beschleunigt (Kunzmann 2020a). Die Digitalisierung von Arbeits- und Lebenswelten wird nach der Krise weiter zunehmen. Menschen in Stadt und Land werden digitale Dienstleistungen von der Wiege bis zur Bahre nutzen. Öffentliche Verwaltungen werden immer mehr Dienstleistungen und Partizipation nur noch online anbieten. Die Hochschulen, die während des Lockdowns auf Online-Learning umstellen mussten, werden den Digitalisierungsschub nutzen, um Routinelehre zu digitalisieren. Dies wird die weitere Kommerzialisierung der

Hochschulen begünstigen. Duale Studiengänge werden in der Folge des Siegeszuges von Online-Studiengängen an Bedeutung gewinnen.

4. Dominanz ökonomischer Ziele gegenüber ökologischen Erfordernissen

Trotz politischer Willensbekundungen wird die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Folge von Covid-19 politische Priorität haben. Der Green Deal, den die EU 2019 mit großer Empathie verkündet hat, wird die grüne Wirtschaft stärken (COM 2019). Die Produktion erneuerbarer Energien, neue Mobilitätskonzepte und ökologisch sinnvolle landwirtschaftliche Produktion werden verstärkt vom öffentlichen Sektor subventioniert und von umweltbewussten Unternehmen und Stiftungen verwirklicht werden. Die smarte digitale Kontrolle von Luftverschmutzung, Energie- und Wasserverbrauch wird mit ökologischen Argumenten begründet werden. Der mit Covid-19 verbundene Rückgang des internationalen Flugverkehrs wird sich positiv auf die Umwelt auswirken.

5. Zukunftsorientierte Wirtschaftsentwicklung nur in wenigen Wissensregionen

Unabhängig von Covid-19 werden sich europäische Stadt- und Metropolregionen weiter ins Hinterland ausdehnen. Diese Stadtregionen werden polyzentrisch sein und von einer räumlich-funktionalen Aufgabenteilung zwischen Kernstadt sowie Klein- und Mittelstädten profitieren. Da innovative Wissensentwicklung als Schlüssel für regionale Wettbewerbsfähigkeit gilt, werden Forschung und Entwicklung in diesen Stadtregionen gebündelt, vorzugsweise im Umfeld von Prestige-Universitäten, Wissenschaftsparks und weltweit tätigen Industrieunternehmen. Der Wohlstand der oberen Mittelschicht, die in diesen Stadtregionen lebt, wird weiterwachsen und die Zweitwohnungswirtschaft im ländlichen Hinterland stärken.

6. Intelligente Mobilitätssysteme

Die künftige Infrastrukturentwicklung in Europa wird sich vor allem auf die Vernetzung dieser Stadtregionen durch schnelle Datenautobahnen, intelligente Schnellstraßen, Hochgeschwindigkeitsschienenverkehr und effiziente internationale Flughäfen konzentrieren. Zur Kompensation werden in den Innenstädten Radwege und autofreie Zonen gefördert. Je nach Druck der Zivilgesellschaft wird die regionale Verkehrsinfrastruktur in wirtschaftlich starken Stadtregionen schrittweise durch erhöhte Investitionen in den öffentlichen Verkehr und in intelligente Mobilitätssysteme ausgebaut werden.

7. Mehr Wohnen in der Stadt?

Die Meinungen über die Folgen der Corona-Krise für den Wohnungsmarkt in den Städten gehen noch auseinander. Die einen erwarten, dass das Arbeiten im Home-office eine Renaissance der Suburbanisierung ermöglicht, da die hohen Wohnkosten in den Innen-

städten so umgangen werden können. Andere erwarten fallende Wohnungspreise, weil viele Büro- und Handelsflächen in den Innenstädten in Wohnungen umgewandelt werden. Sicher ist nur, dass Innenstädte als Wohnquartiere an Bedeutung gewinnen werden, auch wenn nicht alle Bewohner/innen davon profitieren.

8. Die kommerzielle und kulturelle Musealisierung der Innenstädte

In der Folge der Pandemie und des unaufhaltsamen Vormarsches von Onlineshopping werden in den Innenstädten von Klein-, Mittel- und Großstädten Europas nur die Geschäfte am Leben bleiben, die sich kreativ um multifunktionale Angebote bemühen. Nur Städte, die es im Rahmen ihrer Boden- und Baupolitik schaffen, Wohnungen, urbane Produktion sowie auf Bauunterhaltung ausgerichtete handwerkliche Unternehmen in den Innenstädten zu halten, und öffentlich-urbane Plätze und Gärten bereithalten, können hoffen, dass die Innenstädte lebendig bleiben.

9. Digitale Kultur und Unterhaltung

Zu den größten Verlierern der Corona-Krise 2020 gehört die Kultur. Zusammen mit der Unterhaltungsindustrie sowie den davon abhängigen nicht digitalisierten Unternehmen der Kultur- und Kreativwirtschaft haben die breite kulturelle Landschaft in Europa – und mit ihr Teile der kreativen Klasse – am meisten unter dem zeitweiligen Lockdown und danach gelitten. Entwicklungen, die schon vor der Krise absehbar waren, wurden in der Krise sichtbar. Nach Covid-19 werden die Städte ihre Kulturausgaben kürzen müssen und noch mehr Kulturangebote dem freien Markt überlassen. Sie können auch darauf hoffen, dass die wohlhabende Mittelklasse bereit ist, mehr Geld für den nicht digitalisierbaren Kulturkonsum auszugeben.

10. Transformation des Tourismus

Mit Covid-19 und den damit zusammenhängenden Grenzsperrungen ist die Fernreisefreudigkeit der Menschen in Europa kurzzeitig zurückgegangen. Dies hat für einzelne Branchen und Regionen in Europa erhebliche wirtschaftliche Folgen. Ist die Krise überwunden, werden sich die Tourismuswirtschaft und Fremdenverkehrsregionen nur langsam erholen. Viele kleine und mittlere Betriebe, die vom (inter)nationalen Tourismus und vom Geschäftstourismus abhängen, werden die Ausfälle während der staatlich verordneten Sperren nicht überstehen. Ferienregionen im Hinterland der Stadtregionen hingegen werden sich als Orte für Zweitwohnungen der urbanen Mittelklasse anbieten. Airbnb-Angebote werden in den Städten abnehmen.

11. Hinwendung zur Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln

Trends, die Nahrungsmittelversorgung mehr auf regionale Produkte umzustellen, haben im letzten Jahrzehnt trotz höherer Kosten zu einer Bevorzugung regi-

onaler Nahrungsmittelproduktion geführt, die sich auch in den Angeboten von Supermärkten niederschlagen hat. Nach Covid-19 wird sich dieser Trend weiter fortsetzen. Die Nachfrage wird steigen, weil gesunde Ernährung nach der Krise noch mehr Bedeutung erfahren wird. Immer mehr Betriebe in Stadtregionen werden auf biologische Landwirtschaft umstellen.

12. Rückgang der Bevölkerung in ländlichen Regionen

Unabhängig von Covid-19 werden ländliche Regionen in Europa, die nicht vom Fremdenverkehr profitieren, weiterhin an Bevölkerung verlieren. Die Landwirtschaft, unterstützt durch Digitalisierung und saisonale Erntehelfer/innen, wird mehr und mehr von großindustrieller Landwirtschaft oder von spezialisierten Produktionen (z.B. Wein, Obst, Gemüse) dominiert werden. Soziale Dienstleistungen für die verbleibende Bevölkerung (z.B. Bildung oder Gesundheit) werden digitalisiert und vom (regionalen, nationalen und europäischen) öffentlichen Sektor stark subventioniert werden. Wenige stadtmüde Raumpioniere werden dort neue Lebens- und Arbeitsformen erproben. Flächen, die sich nicht für die landwirtschaftliche Produktion eignen, werden nach und nach aufgeforstet oder der Natur zurückgegeben.

Die Herausforderungen, vor denen Städte und Regionen in Europa im Jahre 2030 stehen, werden sich mit großer Wahrscheinlichkeit nicht wesentlich von den aktuellen Herausforderungen unterscheiden, es sei denn es ereignen sich größere und unvorhersehbare weltpolitische Konflikte. Diese Herausforderungen müssen Akteure auf allen Planungs- und Entscheidungsebenen in Betracht ziehen, wenn sie strategische Entscheidungen zur Raumentwicklung treffen wollen oder müssen. Erste empirische Erkenntnisse im Winter 2020/2021 deuten darauf hin, dass Covid-19 herrschende Trends beschleunigen und die wirtschaftlichen, sozialen und räumlichen Disparitäten in vielen Bereichen weiter vertiefen wird. Bemühungen, die Disparitäten durch Politiken einer sozialeren Marktwirtschaft zu reduzieren, werden keine politische Priorität erhalten. Die wirtschaftliche Entwicklung wird auch im nächsten Jahrzehnt von der marktbezogenen Ideologie des Westens beherrscht werden, der auch die Volksrepublik China keine überzeugende Alternative entgegensetzen konnte. Das globale Finanzsystem mit der Vorherrschaft des Dollars und der Macht amerikanischer Banken und des von ihnen beherrschten globalen Finanzsystems wird weiterhin den Welthandel bestimmen. Die Chancen, dass die Länder Europas ihre diversen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen in den nächsten 10 Jahren gemeinsam bündeln können, sind nicht groß. Hinzu kommt, dass aus nachvollziehbaren historischen und aktuellen Gründen die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit mit Russland und China nicht genutzt werden können (Macaes 2018). Voraussagen zur Zukunft der Raumplanung in Europa lassen sich angesichts der bestehenden und absehbaren zukünftigen Rahmenbedingungen nur sehr schwer machen.

Visionen

Utopien zu Europa gibt es viele. Seit Thomas Morus im Jahre 1516 sein epochales Werk „Utopia“ veröffentlicht hat, haben sich Generationen von Autorinnen und Autoren Gedanken über gesellschaftliche Utopien Europas gemacht. Doch weil Utopien oft mit Ideologien verwechselt werden, gelten sie als „irrational, gefährlich und extremistisch“ (Trojanow 2019). Doch abgesehen von geopolitischen Szenarien gibt es nur wenige wirklich räumliche Visionen für Europa. Die räumliche Zukunft Europas spielt in den politischen und wirtschaftlichen Diskursen am Ende des zweiten Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts nur eine untergeordnete Rolle. Was bleibt, sind die Erwartungen benachteiligter Regionen, aus Brüssel Zuschüsse für lokale Projekte zu erhalten, und die Hoffnungen vieler Planer/innen, dass sie an der Planung und Umsetzung dieser Projekte beteiligt werden. Unzählige Dokumente berichten von den Bemühungen der europäischen Kommission die Entwicklung von Städten und Regionen in der Europäischen Union zu unterstützen. Doch es sind meist nationale Perspektiven, die die politischen Diskurse beherrschen.

In den 70er und frühen 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts hatte sich der Europarat in Straßburg um Visionen für den europäischen Raum bemüht und Wissenschaftler/innen aus Europa eingeladen, Szenarien und Visionen für Europa zu entwickeln, die heute in den Archiven verstauben (Kunzmann/Rojahn 1977; Kunzmann 1982). Das 1999 in Potsdam verabschiedete Europäische Raumordnungskonzept (EUREK) ist Geschichte. Die Ergänzung und Fortschreibung hatte keine politische Priorität. Sie ist auch nicht geplant und macht angesichts der geringen politischen Wertschätzung von Raumordnung wenig Sinn. Ein ehrgeiziges Szenarioprojekt, das 2014 im Rahmen des ESPON-Programms durchgeführt wurde, kam zu dem Schluss, dass Europa offen und polyzentrisch gestaltet werden sollte (ESPON 2014; Kunzmann/Spiekermann/Wegener 2015). Doch während aufgeklärte, liberal gesinnte

Planer/innen selbstverständlich jeden Versuch begrüßen, Europa als territoriale Einheit mit offenen Grenzen und einer auf Polyzentralität basierenden Raumentwicklung zu betrachten, ziehen es konservative politische Gruppierungen in ganz Europa vor, Grenzen zu schließen, um ihre Heimat und ihren Reichtum vor Migration und Asylsuchenden zu schützen.

Auf der Grundlage eines anderen ESPON-Projekts haben Kai Böhme und Christian Lürer über die räumliche Zukunft Europas spekuliert (Böhme/Lürer 2016). Im Rahmen von zwei Visionen, „Perseverance“ (business as usual) und „Metamorphosis“ (circular economy and equality), bestimmen Wissensindustrien und (grenzüberschreitende) wirtschaftliche Integration die Wege in die Zukunft.

Im Jahre 2017 hat auch die Europäische Kommission fünf Szenarien zur Zukunft Europas zur Diskussion gestellt – die räumlichen Dimensionen der fünf Szenarien wurden jedoch nicht thematisiert. Dieser Verzicht macht deutlich, dass die räumlichen Folgen von Politiken selten ins Auge gefasst werden.

Wege in die Zukunft Europas

Auch wenn sich bis zum Jahr 2030 in Europa nicht viel ändern wird, sind drei Wege in die nahe Zukunft Europas denkbar (vgl. Abbildung). Was wäre, wenn Europa nach dem durch Covid-19 verursachten zeitweiligen Stillstand der Bemühungen zur territorialen Kohäsion zu einem dystopischen Mosaik von nach innen gerichteten nationalistischen Staaten mit geschlossenen Grenzen zurückkehren würde? Was würde geschehen, wenn zwei, drei oder vier Makroregionen Europas mit zwei, drei oder auch fünf Geschwindigkeiten die räumliche Entwicklung selbst in die Hände nehmen würden? Oder könnte die EU nach Corona geeint, aber mit dichten Grenzen und hohen Mauern nach außen aus der Krise gestärkt hervorgehen und eine selbstbewusste Mittlerrolle zwischen China und den USA einnehmen?



Quelle: eigene Darstellung

1. Europa 2050, ein dystopischer Archipel?

Covid-19 hat die weitere territoriale Integration Europas erst einmal zum Stillstand gebracht. Die Krise hat nationale und populistische Strömungen eher noch verstärkt. Den Beispielen des Vereinigten Königreichs und der USA folgend leiten „My country first“-Politiken in den meisten Ländern der Europäischen Union die räumliche Entwicklung. Auch wenn die wirtschaftlichen Vorteile des einheitlichen Wirtschaftsmarktes und einer europäischen Freihandelszone gerne genutzt werden, ist die Bereitschaft gering, europaweite Regelungen zu akzeptieren und die Europäische Union nicht nur als Wirtschaftszone, sondern auch als politische Macht zu betrachten. Die reicheren Länder im Norden und Westen sind nicht mehr willens, ärmeren Mitgliedstaaten im Süden und Osten finanziell entgegenzukommen. Sie leisten nur noch marginale Beiträge für einen stark reduzierten europäischen Haushalt. Die Mittel für die Landwirtschafts- und Kohäsionspolitik wurden deutlich gekürzt. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Lebensqualität der europäischen Bürger/innen in den von der Pandemie am stärksten betroffenen Regionen. Die populistischen Bewegungen in ganz Europa haben ihre Ziele erreicht. Statt Kooperation dominieren nationale Interessen die Regionalpolitik. Das Ziel, die territorialen Ungleichheiten in Europa zu verringern, ist noch weiter entfernt als vor der Krise. Die Erweiterung der europäischen Union um die Länder Südosteuropas ist vertagt.

2. Europa, Union der fünf Geschwindigkeiten

Die Verhandlungen der Staats- und Regierungschefs der EU im Sommer 2020 zur Bewältigung der Corona-Krise haben gezeigt, dass Europa noch immer sehr weit davon entfernt ist, eine Solidargemeinschaft zu sein. Vereinbart wurde zwar das größte Haushalts- und Finanzpaket in der Geschichte der EU. Zusammen umfasst es 1,8 Billionen Euro – davon 1.074 Milliarden Euro für den nächsten siebenjährigen Haushaltsrahmen und 750 Milliarden Euro für ein Konjunktur- und Investitionsprogramm gegen die Folgen der Pandemiekrise. Die sogenannten Sparsamen Vier – die Niederlande, Österreich, Dänemark und Schweden – erreichten große Zugeständnisse. Dies könnte der Beginn einer Entwicklung zu einer Union unterschiedlicher Geschwindigkeiten sein, wie sie auch schon früher ins Gespräch gebracht wurde: das Europa von fünf Makroregionen mit jeweils unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Eine Gruppe von Kernländern (Niederlande, Belgien, Luxemburg, Deutschland und Frankreich) könnte die politische Integration vorantreiben und gemeinsame Finanzbudgets akzeptieren. Ein vergleichbares Konzept könnte die nordischen Länder mit den baltischen Staaten vereinen. Eine dritte Gruppe von Ländern (Spanien, Italien, Portugal, Slowenien, Griechenland, Malta, Zypern, Kroatien und Italien), die die Integrationspolitik der EU-Kerngruppe nicht akzeptiert, beschließt zur Verteidigung ihrer Interessen eng zusammenzuarbei-

ten. Eine vierte Gruppe von Ländern in Mittel- und Osteuropa (Österreich, Tschechische Republik, Polen, Ungarn, Slowenien und Slowakei) verfolgt eigene Kooperationsstrategien mit der Europäischen Union. Und eine fünfte Gruppe alter und potenziell neuer Mitgliedstaaten (Bulgarien, Rumänien, Nordmazedonien, Serbien und Albanien) koordiniert ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen in Abstimmung mit der Ukraine, Weißrussland, Armenien, Georgien und der Türkei. Die räumlichen Auswirkungen variieren von Gruppe zu Gruppe. Die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen diesen fünf Ländergruppen werden nach der Krise wieder zunehmen.

3. Europa, ein abgeschotteter, wehrhafter Kontinent

Die immensen Migrationsströme aus dem Nahen und Mittleren Osten und Afrika nach Europa im Jahre 2015 spielten populistischen Bewegungen in ganz Europa in die Hände. Europa zuerst! Getrieben von wenigen Mitgliedstaaten, insbesondere Polen, Ungarn und Österreich, könnte die EU beschließen, die Grenzen zum europäischen Arbeitsmarkt und zum europäischen Sozialsystem zu schließen. Die Europäische Union ist nicht mehr bereit, neue Mitglieder aufzunehmen und den europäischen Binnenmarkt zu erweitern. Eine virtuelle, in Teilen aber auch physische Mauer schottet Europa vom Rest der Welt ab. Nur wenige Tore für qualifizierte Facharbeiter/innen, Ärztinnen/Ärzte sowie billige landwirtschaftliche Arbeitskräfte bleiben offen. Auf intensives Drängen der USA und der NATO werden die Verteidigungsausgaben erheblich erhöht. Die Politik des kalten Krieges erlebt eine Renaissance. Die Mittel der Kohäsionsfonds für die Entwicklung der Verkehrs- und Transportinfrastruktur werden aus geopolitischen Erwägungen von den Regionen in der Mitte Europas auf die äußeren Grenzregionen und Gateway-Städte im Süden und Osten verlagert, die für die Verteidigung des Territoriums der Europäischen Gemeinschaft als wesentlich identifiziert werden. Sie erhalten mehr finanzielle Unterstützung für die Entwicklung der technischen Infrastruktur, für die Stärkung der regionalen Verwaltung und für die landwirtschaftliche Entwicklung. Vorrang haben Verkehrskorridore, die die Gateway-Städte mit den Kernregionen Europas verbinden. Private Investitionen und innovative Wissensentwicklung konzentrieren sich hingegen auf Kernregionen, um Risiken in den Grenzregionen zu vermeiden. Tourismus und Wohnungsbau stagnieren in den meisten Grenzregionen. Die Bevölkerung nimmt ab und die nicht von der Grenzsicherung abhängige Wirtschaft stagniert.

Visionär weitergedacht ...

Weiter in die Zukunft reichende Gedankenspiele zu denkbaren räumlichen Auswirkungen politischer Entscheidungen in Europa auf Infrastruktur (Wasser, Energie, digitale Netze, Stadtregionen, Industrieproduktion, Wissensentwicklung, Tourismus und Landwirtschaft) könnten neue Wege einer europäischen Raumentwicklungspolitik aufzei-

gen. Was könnte ein völlig neues Konzept für die europäisch-afrikanische Zusammenarbeit mit sich bringen, das über die traditionelle ungerechte Handelskooperation und die im Wesentlichen moralisch argumentierende pastorale Entwicklungshilfepolitik hinausgeht? Wie könnten die Europäische Union und die künftigen Mitgliedsstaaten des Balkans vom Entwicklungspotenzial des Nahen Ostens profitieren, wenn sie die Kontroversen mit der Türkei nach Erdogan ignorieren würden? Welche Städte und Regionen würden profitieren, wenn die dauernde Uneinigkeit der Mitgliedsstaaten der EU mit einem demokratischen Russland nach Putin überwunden werden könnte? Und schließlich: was wäre, wenn die permanente Angst vor der chinesischen Gefahr durch eine enge eurasische Zusammenarbeit mit China im Rahmen des Projekts der neuen chinesischen Seidenstraße ersetzt werden könnte? Darüber habe ich an anderer Stelle spekuliert (Kunzmann 2020b).

Fazit

Visionäre Vordenker wie Jean Monnet, Konrad Adenauer, Robert Schumann oder Jaques Delors haben die Länder Europas nach dem Zweiten Weltkrieg schrittweise zusammengebracht und Frieden geschaffen. Die Europäische Union ist Wirklichkeit geworden, aber der Fortschritt ist eine Schnecke. Es wird noch Jahrzehnte dauern, bis die Utopie einer politischen, wirtschaftlichen, vor allem aber auch räumlichen Integration in Europa verwirklicht ist, so wie es die wohlformulierte Territoriale Agenda 2030 fordert. Der Entwurf zur Fortschreibung der Territorialen Agenda der Europäischen Union beschreibt, was sich Planer/innen wünschen (BMI 2020).

Die Folgen von Covid-19 für Städte und Regionen werden die politische Landschaft in Europa auf allen Planungs- und Entscheidungsebenen noch lange beschäftigen. In den kommenden Jahren wird die Erholung der Wirtschaft allerhöchste Priorität erhalten. Dafür werden Milliarden Euro verteilt, doch Milliarden sind keine Strategie (Weidenfeld 2020) und davon werden letztlich wieder nur die Städte und Stadtregionen profitieren, die schon vor der Krise gezeigt haben, dass sie mit kreativen und innovativen Strategien im internationalen Städtewettbewerb bestehen können.

Literatur

- Barry, J. M. (2005): *The Great Influenza: The Story of the Deadliest Pandemic in History*. London.
- BMI – Bundesministerium für Inneres, Bau und Heimat (2020): *Territorial Agenda. A Future for all Places (Draft)*. Berlin.
- Böhme, K.; Lüer, C. (2016): *Europe's territorial futures: between daydreams and nightmares*. In: *Ukrainian Geographical Journal*, 1, 29-40.
- Collier, P. (2008): *The Future of Capitalism*. London.
- COM – European Commission (Eds.) (2017): *White Paper on the Future of Europe: Reflections and Scenarios for the EU 27 by 2025*. Brussels.
- ESPON 2050 (2014): *Making Europe Open and Polycentric. Visions and Scenarios for the European Territory towards 2050*. <https://www.espon.eu/topics-policy/publications/making-europe-open-and-polycentric> (01.10.2020)

- Guérot, U. (2020): *Perspektiven für Europa und seine Demokratie(n) nach Corona*. In: Vollmer, M.; Werner, K. (Hrsg.): *Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft*. Bielefeld.
- Kunzmann, K. R. (1982): *The European Regional Planning Concept*. In: *Ekistics*, 294, 217-222.
- Kunzmann, K. R. (2020a): *Smart Cities After Covid-19: Ten Narratives*. In: *disP – The Planning Review* 221, 56/2, 20-31.
- Kunzmann, K. R. (2020b): *Gedankenspiele zur räumlichen Zukunft von Europa*. In: *PlanerIn* 06/2020 (im Druck).
- Kunzmann, K. R.; Rojahn, G. (1977): *Outline of a Concept of European Regional Policy-Pilot Study*. Strasbourg. = *European Regional Planning Study Series*, No. 3, Council of Europe.
- Kunzmann, K. R.; Spiekermann, K.; Wegener, M. (2015): *Deutschland in Europa: Ergebnisse des Programms ESPON 2013. Heft 6: Räumliche Szenarien für Europa 2050*. Bonn.
- Macaes, B. (2018): *The Dawn of Eurasia. On the Trail of the New World Order*. London.
- Tooze, A. (2018): *How a Decade of Financial Crisis Changed the World*. London.
- Trojanow, I. (2019): *Alle Wege führen durch Utopia*. In: *IWMpost*, 3.
- Weidenfeld, W. (2020): *Zukunft Europa: Milliarden sind noch keine Strategie*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14.08.2020.



KLAUS R. KUNZMANN,

Dipl. Ing., Dr. techn. HonDLitt (Newcastle), war von 1974 bis 2006 Professor an der Fakultät Raumplanung der TU Dortmund, bis 1993 wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Raumplanung, ab 1993 Jean Monnet-Professor für Europäische Raumplanung an der TU Dortmund. Er ist Honorarprofessor am University College London und Gastprofessor an der Southeast University in Nanjing/China. Seit seiner Pensionierung lebt, schreibt und forscht er in Potsdam und Templin.

Tel. +49 3317405973

Klaus.Kunzmann@udo.edu